



ASPIDA GmbH · Agricolastraße 63 · 09112 Chemnitz

Herr Minister Jens Spahn  
Herr Minister Hubertus Heil

### Offener Brief

Ihr Zeichen	Nachricht vom	Unser Zeichen	Datum
		ASPIDA/Th	03.06.2021

Sehr geehrter Herr Spahn, verehrter Herr Gesundheitsminister,  
Sehr geehrter Herr Heil, verehrter Herr Arbeitsminister,

lieber Herr Spahn, seit Wochen versprechen Sie mir, sogar per SMS, dass Sie mich zurückrufen. Sie haben Ihr Versprechen nicht gehalten. Ebenfalls wurde mein Anliegen von Abgeordneten an Sie herangetragen. Auch darauf haben sie nicht reagiert.

Lieber Herr Heil, ich spreche Sie bezüglich der Tarifvertragskomponente ebenfalls mit diesem offenen Brief an.

Die gestrige Presseveröffentlichung und die Ankündigung einer bevorstehenden Pflegereform veranlassen mich hiermit an die Öffentlichkeit zu gehen.

Ich bin seit 30 Jahren in der Altenpflege tätig, habe den Beruf von der Pike auf erlernt, habe in allen Ebenen und Etagen gearbeitet und bin heute selbst Eigentümer und Betreiber zweier Einrichtungen.

Auch bin ich seit über 20 Jahren sozial politisch aktiv und kann mir daher sehr gut eine Meinung über die gesamte Gemengelage bilden.

Privat zahlt zu wenig? Das ist nicht so, denn dann wären alle Mitarbeiter längst weg. Niemand müsste mehr lange fahren, denn die Einrichtung nebenan zahlt ja tarifähnliche Löhne. Niemand würde dort bleiben, wo schlechte Bedingungen noch heute existieren. Es wird sie wundern, meine Mitarbeiter kommen von der Diakonie, vom ASB, von der AWO und aus Krankenhäusern zurück, wo bei gerade von den zuletzt genannten viel versprochen wurde. Alle Hilfskräfte wurden dort entlassen und dafür unsere dringend benötigten Altenpflegefachkräfte von dort, mit von uns nicht zu refinanzierenden Gehältern und Kopfgeldprämien, die diese ohne weiteres über die Krankenkassen abrechnen konnten, regelrecht vom Markt und aus unseren Einrichtungen weggesaugt.

Karl-Friedrich Schmerer, langjährig erfahrender Geschäftsführer eines großen kommunalen Pflegeheimbetreibers bestätigt mir diese und die nachfolgenden Äußerungen „eins zu eins“ und ergänzt den Inhalt sogar noch mit weiteren wichtigen Aspekten. Hierzu aber später mehr.

Postadresse:  
ASPIDA Lebenszentrum  
Thalbürgel  
Waldecker Straße 11  
07616 Bürgel

Tel.: +49 36692 415-00  
Fax: +49 36692 415-550  
Info-thalbuergel@aspida.de

Geschäftssitz:  
ASPIDA GmbH  
Agricolastraße 63  
09112 Chemnitz

Geschäftsführer  
Sebastian Thieswald

mail@aspida.de  
www.aspida.de

Steuer-Nr. 215/105/07956  
HRB 30352

Bank: BfS  
IBAN: DE81 8602 0500  
0001 5100 00  
BIC: BFSWDE33LPZ

Apropos Tarif. Kontrollieren sie doch mal, ob die gemeinnützigen Arbeitgeber den Tarif tatsächlich anwenden, und zwar so, wie es sein muss. Ich kenne persönlich einige Fälle, in denen es z.B. bei der Diakonie und der AWO nicht gut bestellt ist. Nicht die bösen Privaten sind das Problem, und die Gemeinnützigen sind nicht immer die Guten, das System an sich ist es.

Nun zur existentiell notwendigen Refinanzierung des Pflegebetriebes. Bisher gibt es und dies soll so bleiben, keinen Wagnis- und Gewinnaufschlag. In der gemeinnützigen Welt heißt dieses wichtige betriebswirtschaftliche Konstrukt nur anders, meine geschätzten Herren. In deren Welt nennt man Gewinn einfach Überschuss und Wagnis heißt Risiko. Wovon soll bitte sonst investiert werden, wenn nicht aus Gewinn oder Überschuss? Wir alle, gemeinnützige und private Betriebe, sind am Ende auch nur Wirtschaftsunternehmen.

Sie haben doch selbst den Grundstein gelegt. Sie haben dafür gesorgt, dass jeder einen Tarif einführen darf. Wo besteht also die Notwendigkeit für einen derartigen Schnellschuss, der sein edles Ziel definitiv verfehlen wird? Der Tarif ist ja eben nicht das Problem. Bei mir bekommt eine examinierte Pflegefachkräfte 3.067 Euro als Einstiegsgehalt, nach zwei Jahren um 250 und nach fünf Jahren nochmals um solchen Betrag gesteigert. Pflegehilfskräfte verdienen bei mir weit über Mindestlohn, alle Hilfskräfte, auch die der Küche und der Reinigung bezahle ich auf diesem Niveau. Wie sonst, wenn nicht durch gute Löhne bekämpfen wir die drohende Altersarmut? Ich leiste meinen Teil, heute schon und ich bin erst vor fünf Jahre in die Selbständigkeit gegangen, als meine Mitarbeiter übrigens, nach § 613a übernommen, noch mehr als 1000 Euro weniger verdienten und nur 21 Tage bekamen und nicht 29 Tage, wie heute bei mir.

Es ist also vorgesehen die zu refinanzierenden Beträge zu fixieren. Festzulegen genau auf das, was jeder Mitarbeiter eines Betriebes laut des dann anzuwendenden Tarifs verdienen würde. Es würde nichts darüber refinanziert, das Wagnis hängt in der Luft. Wagnis? Was ist mit Krankheitsbedingtem-, was mit allgemeinem Personalausfall. Schwangere müssen sofort in U2, ein Beschäftigungsverbot und fallen aus, weil wir von den für uns zuständigen Ämtern gezwungen werden, oft gegen den Willen der werdenden Mütter übrigens. Die Rentenjahre kommen, Mitarbeiter kündigen auch schon mal. Wie soll die entstanden Lücken, in der viel zu dünnen Personaldecke denn kompensiert werden?

Wir benötigen über 40 Prozent mehr Mitarbeiter und das ist hinlänglich bekannt. Ich setze hierfür Leasingkräfte ein, weil anders eine Kompensation nicht möglich ist. Ich nehme alles freie Geld, U2 Erstattungen, Gelder von Langzeitkranken und freie Gelder von einfach nicht zu besetzenden Stellen und gebe dieses komplette Budget für diese Leihkräfte aus, nur um meine Mitarbeiter zu unterstützen und zu entlasten. Woher nehme ich das Geld in der Zukunft? Sollte ihr Modell so wie geplant eingeführt werden, braucht es eine Erweiterung. Und da gibt es meines Erachtens nur eine passende Lösung: Wagnis/Risiko und Gewinn/Überschuss, dieser Zuschlag muss, offiziell und amtlich refinanziert, auf 20 Prozent erhöht werden und dann könnte alles gut werden. Übrigens plausibilisierte Pflegesatzverhandlungen führen wir schon, alle Zahlen liegen offen. Alles wird spitz abgerechnet, gut so, im Prinzip. Aber so funktioniert kein Unternehmen, kein gemeinnütziges und kein privates.

Wir haben aber noch ein weiteres riesiges Problem, worauf ich schon in vielen Gremien hingewiesen habe, aber kein Gehör fand, da es anscheinend zu viele Tabus brechen würde.

Wenn eine Immobilie von einem Bauträger mit einem Aufschlag von 25 Prozent nach Fertigstellung von einem Projektentwickler verkauft wird, ist das verständlich und auch finanzierbar. Wenn dieser Projektentwickler das Gebäude dann aber mit einem Aufschlag auf den ursprünglichen Baupreis von insgesamt 50 Prozent an einen Immobilienfond weiter verkauft, und dieser seinen Kaufpreis auf die Pacht umlegt, dann kann sich jeder ausrechnen, das da gehörig etwas schief läuft. Was die gemeinnützigen und privaten Betreiber gleichermaßen betrifft.

Was denken Sie, wer das bezahlen muss? All diese Gelder werden letztlich durch die Zuzahlungen der Bewohner getragen, aber eben nicht nur im einrichtungseinheitlichen Eigenanteil, sondern zu einem erheblichen Teil in den ebenfalls von den Bewohnern privat zu tragenden Investitionskosten, und wenn dieser das nicht kann, landen sie beim Sozialhilfeträger, der aber bei Pflegesatzverhandlungen den Deckel einfach bei ca. 17,50 Euro (im Osten) drauflegt, weil es ihm seine internen Vergleichswerte angeblich so vorgeben.

Was bleibt am Ende die Lösung, die auch nicht wirklich eine gewollte sein kann, die sogenannten Selbstzahler zahlen 26 Euro pro Tag und Platz, damit es im Mix eventuell für den Betreiber funktioniert. Durch die weiteren Gehaltserhöhungen und Preissteigerung im Bau werden diese Summen perspektivisch noch weiter dramatisch ansteigen. Wer kann dies bezahlen? Ich sage es ihnen, beinahe niemand.

All diese Kosten sind aber reell da, ab dem ersten Tag der Aufnahme, nicht erst ab dem zweiten oder gar dritten Jahr und später. Es existieren doch einschlägige Datenlagen, die dies belegen?! Was soll also diese Halbherzigkeit in der Reform, die niemandem etwas nützt, der heute vor der Entscheidung steht in ein Pflegeheim ziehen zu müssen. Sie zerstören hiermit jeden Versuch von Neugründungen und nicht nur die, auch bestehende Betriebe ob gemeinnützig, kommunal oder privat, die mehr als dringend für die Versorgung benötigt werden, werden in den Ruin getrieben.

Karl Friedrich Schmerer schreibt ergänzend: „Aber neben den wirklich guten und engagierten Altenpflegeheimbetreibern - privat und gemeinnützig - gibt es die großen Anbieter und dies ebenfalls auf privater und gemeinnütziger Seite, die mit versprochenen Renditen lediglich rentable Geldanlage betreiben und Geschäftsführer\*innen mit nicht geringen Gewinnbeteiligungsprämien ködern“.

Hier ist vielmehr Transparenz nötig!  
Bildung, Gesundheit, Pflege und Wohnung müssen von Profitgier ausgeschlossen werden, damit Chancengleichheit für die Kinder, Kranken, Alte und Bedürftige gewährleistet ist.

Hören Sie mir bitte zu, in Ruhe und stoppen sie diesen Schnellschuss im Vorwahlkampfmodus, oder regierungszeitverbessernden Reformversuch, der einfach nirgends passt!

Mit besorgten Grüßen



**Sebastian Thieswald**  
Gesellschafter-Geschäftsführer  
**ASPIDA GmbH**